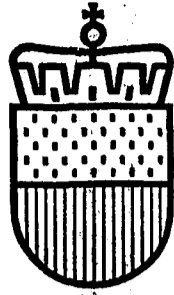


# Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 24.—, halbjährlich sFr. 12.50, vierteljährlich sFr. 6.50 — Vorarlberg jährlich öS 260.—, halbjährlich öS 140.—, vierteljährlich öS 70.—, monatlich öS 19.—, übriges Ausland jährlich sFr. 42.—, halbjährlich sFr. 22.—. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St.Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 115, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30 / öS 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzeile (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 14,5 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 18 Rappen, Textreklame 50 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 19 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 115, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St.Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Donnerstag, 8. Januar 1970

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

103. Jahrgang — Nr. 3

## Die Fortschrittliche Bürgerpartei tagt!

Delegiertenversammlung der FBP morgen Freitagabend um 20.15 Uhr in der Aula der Volksschule Vaduz

23 Tage vor dem Wahlsonntag am 1. Februar findet morgen Freitagabend in der Aula der Volksschule Vaduz eine Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei statt, in deren Mittelpunkt die Nominierung für die Landtagswahlen und die Beschlussfassung über das Grundsatz- und Arbeitsprogramm der FBP stehen. Das Grundsatz- und Arbeitsprogramm, das von den Reformbeschlüssen der letzten Delegiertenversammlung (Einführung von Sachreferaten, Mandatsdauerbeschränkung usw.) getragen ist, liegt im Konzept vor. So wie es den liechtensteinischen Stimmbürgern Mitte dieser Woche im Konzept vorgelegt wurde, wird es morgen Freitagabend in Vaduz zur Debatte gestellt. Die morgige Delegiertenversammlung wird verbindlich über dieses Grundsatz- und Arbeitsprogramm entscheiden:

### Eine moderne Partei

Staat und Politik stehen im Dienst des Menschen. Dem Menschen ein würdiges und gesichertes Dasein zu ermöglichen, ist die Aufgabe.

Die neue Zeit erfordert neue Wege. Pragmatisches Vorgehen, gegründet auf wissenschaftliche Erkenntnisse und breite Mitsprache, gewährleistet beste Lösungen. Eine moderne Partei wird deshalb vor allem die Hauptlinien

## von Tag zu Tag

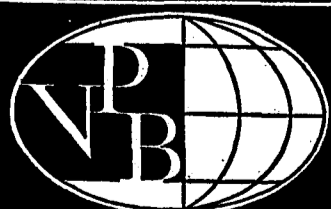
An der Schwelle des neuen Jahrzehntes, drei Wochen vor den Wahlen zum Landtag, tritt die Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei morgen Freitag zur Beschlussfassung über ihr Grundsatz- und Arbeitsprogramm zusammen. Gleichzeitig werden die Kandidaten für den Landtag nominiert. Mit einem modernen Programm und den richtigen Männern gehen wir zuversichtlich in die Zukunft. Die Programmvorlage, welche den liechtensteinischen Stimmbürgern gestern auch persönlich per Brief zugestellt wurde, veröffentlichen wir (zusammen mit der Tagesordnung zur Delegiertenversammlung) an erster Stelle der heutigen Ausgabe.

Heute Donnerstagmorgen geleiten wir unseren Freund Sanitätsrat Dr. Martin Risch auf dem Vaduzer Friedhof zur letzten Ruhestätte. Ueber die grosse Persönlichkeit von Dr. Risch, dessen Heimgang wir in der Dienstaussage ankündigen mussten, werden wir in der Ausgabe vom kommenden Samstag eingehend berichten.

Während der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage, die nicht zuletzt im Zeichen der grossen Grippewelle standen, wurde wieder vermehrt über die angeblich mangelhafte ärztliche Betreuung in Liechtenstein geklagt. Aus ärztlicher Sicht nimmt in der heutigen Ausgabe (Seite 2) Dr. med. Arthur Ospelt zu diesen Fragen Stellung und macht ausserdem Vorschläge zu einer Verbesserung des ärztlichen Notfalldienstes in Liechtenstein.

Bei Temperaturen von minus 1 bis 4 Grad tagsüber bleibt die Wetterlage stabil.

### Für Ihre Bankgeschäfte



Verwaltungs- & Privatbank  
Aktiengesellschaft  
Vaduz Tel. 075 / 8 81 81

künftiger Politik festlegen. Um die Mitsprache, vorab diejenige der Jugend, zu verstärken, hat die FBP an der Delegiertenversammlung vom 19. November 1969 in Vaduz in ihrem Reformprogramm Sachreferate für die wichtigen Bereiche von Staat und Gesellschaft geschaffen.

Ein verlässlicher und geradliniger Kurs ist zu garantieren durch den Vorrang der Politik und die klare Verantwortung der bestellten politischen Organe.

### Sorge um den Staat

Die Erhaltung eines lebensfähigen und möglichst unabhängigen Staates ist Voraussetzung für die freie Gestaltung unseres Gemeinwesens. Liechtenstein besitzt eine selbstgewollte Grundordnung, die nach unserer Auffassung der Würde und Freiheit des Menschen entspricht.

Monarchie und demokratische Einrichtungen sind die Wesenselemente unseres Staates. Das Staatsoberhaupt, das seine Stellung keiner Partei verdankt, gewährleistet nach innen Stabilität und politische Kontinuität. Nach aussen gibt das Fürstenhaus dem Staat Ansehen. Die demokratischen und rechtsstaatlichen Einrichtungen sind Grundlage unserer Freiheit, unserer Mitspracherechte und unserer Verantwortung für den Staat. — Wir dürfen den Frauen das politische Mitspracherecht nicht vorenthalten. Wir können sie von der Verantwortung für Staat und Gemeinden nicht dispensieren. Daher Verbesserung der Rechtsstellung der Frau im öffentlichen und privaten Leben.

Die heute absehbaren Anforderungen der europäischen Integrationsbestrebungen gehen an den Bestand unseres Kleinstaates und verlangen einen finanziell gefestigten und zugleich beweglichen Staat. Eine ökonomische Haushaltsführung ist Voraussetzung.

Den Gemeinden müssen jene Einnahmen zukommen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Zusammenarbeit unter den Gemeinden und Zusammenarbeit des Staates mit den Gemeinden dienen dem öffentlichen Wohl. Gemeinschaftswerke sind zu fördern.

Moderne Arbeitsmethoden und systematische Förderung der Weiterbildung des Staatspersonals werden die Leistungsfähigkeit der Verwaltung steigern.

Periodische Pressekonferenzen, öffentliche Referate von Regierungsmitgliedern und Amtsleitern aus ihrem Sachbereich sowie entsprechende Publikationen werden den Bürger vermehrt informieren.

Aussenpolitisch sind unserem Staat seit Er-

langung der Souveränität im Jahre 1806 die freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarn zugute gekommen. Zur Schweiz hat Liechtenstein besonders herzliche Beziehungen. Das freundschaftliche Verhältnis zu den Nachbarstaaten ist auch in Zukunft zu bewahren und auszubauen. Wie andere Staaten in Europa sieht sich aber auch Liechtenstein zunehmend mit einer neuen Entwicklung, der Integration, konfrontiert. Diese, für Europa notwendige und von uns bejehrte internationale Verflechtung ist das überragende aussenpolitische Problem für unseren Staat. Unser klarer Staatswille hat zum Ziel, ein Ebenmass an Unabhängigkeit und Selbständigkeit in einem integrierten Europa zu wahren. Der Ausbau der multilateralen Beziehungen und die Verstärkung der Mitarbeit in der EFTA und im Europarat dienen diesen Bestrebungen. Eine besondere Amtsstelle für Integrationsfragen wird die Probleme bearbeiten. Daneben ist der kulturellen Ausstrahlung Liechtensteins und seiner Präsentation in der Welt grösstes Augenmerk zu schenken: Durchführung von Ausstellungen von internationalem Rang in Liechtenstein; Liechtenstein-Ausstellungen im Ausland; liechtensteinischer Kunstpreis; Aufbau einer modernen Fremdenverkehrs- und Informationszentrale.

Die Not in der Welt erfordert unsere aktive Solidarität. Die öffentliche und private Entwicklungshilfe ist zu intensivieren. Wenn wir Verständnis der Welt für uns erwarten, müssen wir Verständnis für die Welt haben.

### Sorge für den Menschen in Staat und Gesellschaft

Alle Sorge um den Staat dient letztlich dem Menschen. Diesem und der Familie als Zelle jeder Gemeinschaft gilt auch alle politische Aktivität im Staat. Im Zeitalter der Vermassung und der Technisierung bietet der Kleinstaat eher Gewähr für eine humane Ordnung als grosse Machtgebilde. Der Vermassung sind im kleinen Staat Grenzen gesetzt. Das Wort des einzelnen besitzt im politischen und gesellschaftlichen Leben Gewicht.

Der Mensch ist weniger anonymen Interessengruppen ausgeliefert als im Gross-Staat. Ueberschaubare Verhältnisse ermöglichen Kontakte mit den wichtigen Stellen und erleichtern ein sachgerechtes Urteil. Wegen seiner eigenen Ungeschütztheit ist ein solches Gemeinwesen auf den Frieden in der Welt angewiesen. Es ist solidarisch mit denen, die Frieden und Freiheit wollen.

### Jedem gebührt ein menschenwürdiges Dasein

● durch Gleichheit der Chancen in der Ausbildung: Das erarbeitete Bildungsprogramm ist zielbewusst zu realisieren und laufend anzupassen. Ein differenziertes System soll jedem einen der Begabung und Leistung entsprechenden Ausbildungsweg ermöglichen. Für Behinderte soll schulisch besonders gesorgt werden. Die Einführung einer Ausbildungszulage für Jugendliche im Alter von 18 bis 25 Jahren ist zu prüfen. — Die moderne Industriegesellschaft verlangt die betonte Pflege der beruflichen Fortbildung und der Erwachsenenbildung.

● durch verstärkte Teilhabe an den kulturellen Gütern und einer sinnvollen Freizeitgestaltung und durch intensive Förderung des Sports: Vermehrte Förderung des Theater- und Musiklebens und künstlerischer Betätigungen; Systematischer Einbezug der staatlichen und kulturellen Institutionen in den Unterricht; Jugendherberge; Jugendzentrum.

● durch Verbreiterung der Existenzsicherung für Menschen im Alter, in Krankheit, Invalidität und sonstiger Hilfsbedürftigkeit: Fortschreitender Ausbau aller Zweige der Sozialversicherung; rascher Bau von Spital und Altersheim.

● durch besondere Berücksichtigung unserer arbeitenden Menschen: Schutz des Menschen vor neuen Abhängigkeiten, die seine Freiheit zufolge moderner Organisation und Technik bedrohen; Prüfung der Fragen der Mitbestimmung und der erweiterten Teilhabe am Sozialprodukt; Sicherung des Arbeitsplatzes; Erweiterung der Freizügigkeit in der betrieblichen Personalfürsorge; Vorkehrungen für die Sicherheit der Gelder der Personalfürsorge.

● durch die Fortsetzung einer Wirtschaftspolitik, welche die Konkurrenzfähigkeit gewährleistet und geeignet ist, die Arbeitsplätze dank einer differenzierten Unternehmensstruktur langfristig zu sichern: Verstärkung der Kontakte zwischen den Behörden und den Interessenverbänden zur Erarbeitung gemeinsamer Grundlagen; Ueberprüfung der Plafonierungsvorschriften; Einleitung einer Zivil- und Strafrechtsreform unter Berücksichtigung des modernen Wirtschaftslebens; Erweiterung des Geschäftsbereiches der Landesbank im Interesse der gewerblichen Wirtschaft; die Landwirtschaft als wesentlicher Faktor für die Sicherung der Ernährung bedarf der tatkräftigen Unterstützung der öffentlichen Hand.

● durch vermehrten Schutz der körperlichen Sicherheit: Katastrophen- und Zivilschutz; Schutz vor Gefahren am Arbeitsplatz; Erhöhung der Verkehrssicherheit durch zügigen Ausbau des Strassennetzes; Erste-Hilfe-Unterricht und verstärkte Verkehrserziehung in den Schulen; Einbezug von Erste-Hilfe-Unterricht in den Prüfungsstoff für Fahrzeuglenker; Verkehrsgärten.

● durch zeitgemässes Bauen und Wohnen: gleiche Subventionen für Stockwerkbauten wie für Reihenbauten; Förderung von Siedlungswettbewerben der Gemeinden für zeitgemässes Wohnen.

● durch die Erhaltung eines gesunden Lebensraumes: Unser Lebensraum ist begrenzt. Eine sinnvolle Planung erstrebt für jeden seinen Platz im Lande. Luft und Wasser verdienen allen notwendigen Schutz. Unsere abwechslungsreiche Landschaft bedarf der Pflege. Damit erhalten wir uns eine schöne Heimat.

## FORTSCHRITTLICHE BÜRGERPARTEI

Programm zur Delegiertenversammlung am Freitag, 9. Januar, 20.15 Uhr, in der Aula der Volksschule Vaduz.

### Tagesordnung

- Begrüssung und Eröffnung der Delegiertenversammlung durch den Parteipräsidenten
- Nominierung der FBP-Kandidaten für die Landtagswahlen am 1. Februar 1970
- Beschlussfassung über das Grundsatz- und Arbeitsprogramm der FBP für die nächsten Jahre
- Schlusswort

Die Einladungen an die Delegierten der Fortschrittlichen Bürgerpartei in den Ortsgruppen sind ergangen. Die Einladungskarten gelten gleichzeitig als Stimmkarten für die Delegierten.